

*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*

## **Wer gehört dazu?**

Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
<b>Zugehörigkeit als Schlüssel zur Integration</b> .....	11
<i>Ulrich Kober</i>	
<b>Zur politisch-sozialen Integration von Migranten in Nordamerika</b> .....	17
<i>Michal Bodemann</i>	
<b>Staatsbürgerschaft, Teilhabe und Zugehörigkeit: Auf der Suche nach einem neuen Konsens für Deutschland</b> .....	29
<i>Steffen Angenendt</i>	
<b>Ein Stakeholder-Prinzip für Staatsbürgerschaft: Ist die Zeit reif?</b> .....	51
<i>Rainer Bauböck</i>	
<b>Kritische Anmerkungen zum geltenden Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland</b> .....	73
<i>Tayfun Keltok</i>	
<b>Wie smarte Kommunikation die Öffentlichkeit für eine smarte Politik gewinnen kann – ein Bericht von der US-Einwanderungsdebattenfront</b> .....	82
<i>Frank Sharry</i>	

<b>Wie kommunizieren?</b>	
<b>Doppelte Staatsbürgerschaft, Deutschland und die Integration</b> .....	97
<i>Nikolaus Huss</i>	
<b>Politische Repräsentation von Migranten im Vergleich: Die Rolle von Parteien</b> .....	117
<i>Andreas M. Wüst</i>	
<b>Der Stand der Antidiskriminierungsgesetze in Europa</b> .....	136
<i>Natalia Banulescu-Bogdan, Terri E. Givens</i>	
<b>Zugänge zum Arbeitsmarkt und Präsenz in der Gesellschaft – Diskriminierungserfahrungen von Migranten und People of Color</b> .....	159
<i>Serdar Yazar</i>	
<b>Gleichbehandlungspolitik in Deutschland: Ausschluss oder Teilhabe?</b> .....	180
<i>Christine Lüders</i>	
<b>Migrantische Selbst- und Fremdplatzierungen</b> .....	199
<i>Hacı-Halil Uslucan</i>	
<b>Wir sind Stuttgart</b> .....	219
<i>Gari Pavkovic</i>	
<b>Wer ist Oldenbürger? Zugehörigkeit von Zuwanderern und Zuwanderinnen aus Oldenburger Perspektive</b> .....	227
<i>Ayça Polat</i>	
<b>Zugehörigkeit und gesellschaftliche Präsenz von Migranten in Deutschland</b> .....	237
<i>Orkan Kösemen</i>	
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	251

# Vorwort

Im Oktober 2010 fand im Berliner Olympiastadion ein denkwürdiges Fußballländerspiel statt: Deutschland spielte gegen die Türkei in der Qualifikation zur Europameisterschaft. Bei den Deutschen kickte der gebürtige Gelsenkirchener Mesut Özil, bei den Türken die ebenfalls in Gelsenkirchen geborenen Brüder Altintop. Wenn Özil an den Ball kam, gab es ein gellendes Pfeifkonzert von vielen Berlinern mit türkischen Wurzeln, die im Stadion die Mehrheit waren. Am Ende schoss Özil das vorentscheidende Tor und die Fans der deutschen Nationalmannschaft skandierten: »Auswärtssieg«.

Die Frage, wer dazugehört und wie Zugehörigkeit erreicht wird, ist in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland nicht leicht zu beantworten. Doch die Antwort ist für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Viel zu lange wurden die Kinder und Enkel der »Gastarbeiter« als nicht zugehörig bzw. als »Ausländer« betrachtet. Und sie selbst sahen sich – obwohl in deutschen Städten und Gemeinden geboren und groß geworden – viel zu lange als Angehörige eines Landes, das sie oft nur aus den Ferien kannten. Das Jahr 2000 markierte mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einen ersten Einschnitt in diese Entwicklung, die teils absurde Züge trug und mehr Konflikte schafft als löst.

Doch es braucht lange, bis rechtliche Änderungen auch in den Köpfen und Herzen der Menschen ankommen und angenommen werden können. In den Medien ist immer noch von »den Türken« die Rede, wenn es um junge Deutsche mit türkischen Wurzeln geht. In weiten Teilen der Gesellschaft wird immer noch fein unterschie-

den zwischen den alteingesessenen Deutschen und denen, die zwar mittlerweile einen deutschen Pass haben, zugleich aber auch Türken, Griechen, Italiener oder Spanier sind, weil ihre Großeltern oder Eltern aus diesen Ländern einwanderten. Bei den Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion ist die Lage komplizierter, doch auch sie gelten in der Öffentlichkeit oft einfach nur als »Russen«.

Diese Etiketten sind nicht unbedingt Ausdruck intentionaler Diskriminierung, aber sie wirken sich auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung aus. Denn gesellschaftliche Zuschreibungen prägen auch das Selbstbild junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: Sie spüren, dass sie nicht richtig dazugehören. Wenn dann noch reale Benachteiligungen in Schule und Ausbildung, am Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit dazukommen, ist das Entfremdungspotenzial groß. Wir riskieren, eine ganze Generation junger Menschen zu verlieren. Dabei brauchen wir sie als Menschen auf der Suche nach ihrer Identität in einem Land, das immer vielfältiger in seiner ethnischen und kulturellen Zusammensetzung geworden ist. In unseren Großstädten haben wir künftig mehr als 100 Nationalitäten aus aller Welt.

Identitätsprozesse gestalten sich hierzulande nicht einfach – aber sie sind auch nicht neu. Als Durchgangsland in der Mitte Europas gibt es hier viel Erfahrung in der Integration unterschiedlichster Stämme, Gruppen und Ethnien. Solche Prozesse sind auf diesem Hintergrund »normal«, aber immer auch langwierig und nicht konfliktfrei. Politik und Gesellschaft sind gefordert, wenn es darum geht, fair mit den Spannungen umzugehen und Lösungen zur Stärkung der Zugehörigkeit gerade junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu suchen. Deshalb haben wir Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden, Migrantenorganisationen und Verwaltung in Diskussionsrunden zusammengebracht, um Antworten zu finden, wie die rechtliche, politische, sozioökonomische, kulturelle und emotionale Teilhabe von Menschen mit ausländischen Wurzeln gestärkt werden kann. Die Ideen und Anregungen dieser runden Tische zur Zukunft der Integration sind im vorliegenden Band dokumentiert. Wir hoffen, dass davon positive Impulse für die öffentliche Debatte

ausgehen – die in den letzten Monaten für die Identifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit unserem Land nicht besonders förderlich war.

Letztlich ist jeder und jede Einzelne gefragt, eine Antwort zu finden auf die Frage, wohin er oder sie gehört, wie die eigenen Wurzeln mit dem Leben in einem anderen Land verbunden werden. Alle in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger haben daran zu arbeiten, dass alle die lebenswichtige Zugehörigkeit finden und annehmen. Wir sind zuversichtlich, dass die jungen Menschen mit Migrationshintergrund ihren Platz in unserer Gesellschaft selbstbewusst einnehmen, sich nicht ausgrenzen lassen und unser Land aktiv mitgestalten – weil es auch ihr Land ist.

*Dr. Jörg Dräger*

Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung

*Prof. Dr. Rita Süßmuth*

Bundestagspräsidentin a. D.

# Zugehörigkeit als Schlüssel zur Integration

*Ulrich Kober*

Die »Ferienlagerexperimente« des türkischen Wissenschaftlers Muzafer Sherif in den 50er Jahren gelten als Klassiker in der Sozialpsychologie (vgl. Fischer und Wiswede 2002: 655 f.; Sherif 1967). Sherif teilte eine Gruppe von elf- und zwölfjährigen Jungen in einem Zeltlager in zwei gleich große, relativ willkürliche Gruppen und diese entwickelten in kürzester Zeit durch gemeinsame Aktivitäten wie Zelten im Wald ein starkes Gruppengefühl. Dann wurden die Gruppen durch Wettkampfspiele wie Fußball oder Seilziehen in Konkurrenzsituationen geführt und es kam zu starken Feindseligkeiten zwischen den Gruppen. Auch gemeinsame Aktionen der Großgruppe in der nächsten Phase konnten diese Aggressionen nicht abschwächen. Das gelang erst durch Aufgaben, die die beiden Gruppen nur gemeinsam lösen konnten.

Diese Experimente zeigen die Bedeutung und Kraft des Zugehörigkeitsgefühls in seiner ganzen Ambivalenz. Dass die Identifikation mit einer Gruppe relativ schnell erfolgt und stabil ist, macht deutlich, wie sehr jeder sich zugehörig fühlen möchte und auf Anerkennung von anderen angewiesen ist. Diese Gruppenzugehörigkeit bzw. soziale Identität scheint jedoch mit einer Abgrenzung von anderen einherzugehen, was wiederum den Zusammenhalt in der größeren Gemeinschaft gefährdet.

Natürlich sind solche sozialpsychologischen Experimente im Mikrobereich nur mit Vorsicht auf reale Situationen oder auf die Makroebene der Gesellschaft insgesamt zu übertragen. Aber die Mechanismen und Ambivalenzen der Zugehörigkeit lassen sich auch in den

aktuellen Integrationsprozessen einer Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland beobachten.

Fragt man Zuwanderer<sup>1</sup> in Deutschland, wie sehr sie sich selbst als Teil der deutschen Gesellschaft sehen, so sagt ein knappes Viertel, dass das »voll und ganz« der Fall sei, ein Drittel sieht das eher so, ein Fünftel bewegt sich im Mittelfeld, knapp 15 Prozent sehen das eher nicht so und knapp fünf Prozent sehen sich »überhaupt nicht« als Teil der deutschen Gesellschaft. Eine Mehrheit von fast 60 Prozent der Migrantinnen und Migranten fühlt sich also eher als Teil der Gesellschaft (Institut für Demoskopie Allensbach 2009).

Es gibt allerdings bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen. Zuwanderer mit türkischen Wurzeln oder aus der ehemaligen Sowjetunion fühlen sich mit rund 52 Prozent weniger zugehörig als andere: Bei den Menschen mit italienischem Migrationshintergrund fühlen sich rund 68 Prozent eher als Teil der deutschen Gesellschaft, bei denen mit spanischem Migrationshintergrund sind es 61 Prozent.

Wie lassen sich diese Unterschiede erklären? Auffällig ist zunächst, dass in der Umfrage das Zusammengehörigkeitsgefühl mit unterschiedlichen Erfahrungen im Umgang mit der Mehrheitsbevölkerung korreliert. So fühlt sich eine deutliche Mehrheit bei den Türkischstämmigen mit 61 Prozent und bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion mit 55 Prozent weniger anerkannt als einheimische Deutsche. Bei den Zuwanderern aus Italien sind es nur rund 28 Prozent und bei denen aus Spanien sogar nur 20 Prozent. Sich aufgrund ihrer Herkunft ungerecht behandelt gefühlt haben sich »häufiger« oder »ab und zu« 28 Prozent der Türkischstämmigen und 18 Prozent der Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion, während es bei den Menschen mit italienischen Wurzeln nur rund neun Prozent und bei denen mit spanischen Wurzeln nur rund sechs Prozent sind. Je stärker die gefühlte Ablehnung seitens der Gruppe der

1 In dieser Publikation verwenden wir nicht durchgängig eine geschlechtergerechte Sprache. Mit »Zuwanderer«, »Migrant«, »Politiker« usw. sind immer auch Frauen gemeint.



Einheimischen, umso schwächer die gefühlte Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Deutschland bei den jeweiligen Migrantengruppen.

Weitere aufschlussreiche Korrelationen lassen sich in der Umfrage zwischen dem Zugehörigkeitsgefühl und Faktoren wie Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Bildung und Sprache sowie Arbeit und soziale Schicht feststellen.

Dass der Geburtsort für die Ausprägung des Zugehörigkeitsgefühls eine Rolle spielt, überrascht nicht. Menschen mit Migrationshintergrund der »zweiten Generation«, die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern eingewandert sind, fühlen sich zu rund 79 Prozent »voll und ganz« oder »eher« als Teil der deutschen Gesellschaft. Bei denen, die in den letzten fünf Jahren zugewandert sind, sind es rund 20 Prozent. Je länger also jemand in Deutschland lebt, umso mehr fühlt er sich hier als Teil der Gesellschaft: Die emotionale Verwurzelung in Deutschland nimmt mit der Dauer des Aufenthaltes zu. Das bedeutet natürlich nicht, dass Integration ein automatischer und linearer Prozess und die Entstehung des Zugehörigkeitsgefühls ein Selbstläufer ist. Aber es weist darauf hin, dass das Integrationsklima im Land nicht so schlecht sein kann – wie das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration (2010) auch belegt.

Betrachtet man in der Umfrage die Korrelation zwischen Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit, so zeigt sich, dass Migranten, die einen deutschen Pass haben, sich mit rund 71 Prozent eher als Teil der deutschen Gesellschaft fühlen als diejenigen ohne deutschen Pass mit rund 50 Prozent.

Weiter spielt Bildung eine wichtige Rolle bei der Zugehörigkeit, vor allem in Bezug auf die Sprachkenntnisse: Diejenigen, die sehr gut deutsch sprechen, fühlen sich zu etwa 82 Prozent eher zugehörig, während es bei denen mit weniger guten Sprachkenntnissen nur rund 20 Prozent sind. Was den formalen Bildungsgrad angeht, so ist das Bild differenzierter: Zwar fühlen sich höher gebildete Migrantinnen und Migranten eher zugehörig als solche mit einfacher Bildung, aber die Werte sind bei denen mit mittlerer Bildung höher (65 %) als bei denen mit Studium (56 %).

Zwischen dem Faktor Arbeit und der Zugehörigkeit gibt es ebenfalls eine ausgeprägte Korrelation: Berufstätige fühlen sich mit etwa 62 Prozent eher als Teil der Gesellschaft als Nichtberufstätige mit rund 53 Prozent. Schließlich sind Unterschiede zwischen den sozialen Schichten auffällig: Migranten aus der gehobenen Schicht fühlen sich zu zirka 75 Prozent als Teil der deutschen Gesellschaft, diejenigen aus der niedrigen Schicht zu rund 37 Prozent.

Diese in der Umfrage festgestellten Zusammenhänge liefern natürlich keine empirisch belegten Erklärungen, geben aber Hinweise auf mögliche Ansatzpunkte, wie die Zugehörigkeit von Zuwanderern zur deutschen Gesellschaft gestärkt werden kann. Die vorliegende Publikation thematisiert deshalb Aspekte rechtlicher, politischer, sozioökonomischer und emotionaler bzw. identifikatorischer Teilhabe, die sich als »Treiber für Zugehörigkeit« erweisen können.

Bei der rechtlichen Teilhabe steht die Staatsangehörigkeit im Fokus: Sie ist die formale *Conditio sine qua non* für Zugehörigkeit und gleichberechtigte Teilhabe.

Bei der politischen Teilhabe steht die Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum. Denn sie hat hohe symbolische Bedeutung für die mögliche Identifikation von Zuwanderern mit Deutschland. So zeigten in der Umfrage die türkischstämmigen Zuwanderer einen größeren Optimismus als andere Migranten, wie sich die Lage der Zuwanderer in zehn Jahren darstellt. Etwa 60 Prozent der Menschen mit türkischen Wurzeln meinten, dass Zuwanderer in zehn Jahren mehr wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft einnehmen würden – bei den Migranten aus Italien waren es nur rund 48 Prozent, bei denen aus Spanien und der ehemaligen Sowjetunion etwa 40 Prozent. Dieser Unterschied kann möglicherweise mit einem »Cem-Özdemir-Effekt« erklärt werden: Der Vorsitzende der Partei der Grünen zeigt, dass auch Türkischstämmige wichtige Positionen in der Politik besetzen können.

Bei der sozioökonomischen Teilhabe liegt der Fokus auf dem Zugang zu Arbeit. Denn Arbeit ist der Königsweg für die gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung durch die Aufnahmegesellschaft. Wer arbeitet und für sich und seine Angehörigen den Lebensunter-

halt verdient, kann sein Leben aktiv selbst bestimmen und am Leben der Gesellschaft partizipieren. Außerdem ist Arbeit in einer expliziten Leistungs- und Arbeitsgesellschaft wie der deutschen mit Anerkennung verbunden.

Zuletzt wird die Frage beleuchtet, wie sich Zuschreibungen durch die Mehrheitsgesellschaft auswirken. Ein stabiles Zugehörigkeitsgefühl bei Migrantinnen und Migranten wird nur dann entstehen können, wenn die »einheimischen« Deutschen die »neuen Deutschen« in ihre Solidargemeinschaft nicht nur rechtlich-formal, sondern auch »geföhlt« aufnehmen. Damit zeigt sich, dass Zugehörigkeit nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für identifikatorische Integration ist: Hinzukommen muss die Zusammengehörigkeit zwischen Einheimischen und Zuwanderern im Sinne einer »dritten deutschen Einheit«, die Armin Laschet, der erste Integrationsminister eines deutschen Bundeslandes, zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer forderte (Laschet 2009).

Kehren wir zurück zu den Experimenten im Ferienlager. Die partikulären Gruppenzugehörigkeiten schwächten sich erst wieder ab, als die Jungen Aufgaben nur in der Großgruppe gemeinsam lösen konnten. Übertragen auf die Integration in Deutschland könnte daraus der Schluss gezogen werden, dass Zuwanderer und Einheimische sich erst dann als zugehörig im Sinne einer Zusammengehörigkeit erfahren werden, wenn sie realisieren, dass sie sich gegenseitig brauchen, um die künftigen Herausforderungen in Deutschland zu bestehen – und das erfahren sie insbesondere vor Ort in den Kommunen. Deshalb wurden in die vorliegende Publikation Beispiele für das gelungene Miteinander in Stuttgart und Oldenburg aufgenommen. Es ist zu erwarten, dass das auf beiden Seiten notwendige Umdenken in Richtung Zusammengehörigkeit durch die demographische Entwicklung im Land beschleunigt wird. Die Erfahrungen in Städten, wo der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bereits 50 Prozent unter allen Kindern ausmacht, werden dabei wegweisend sein.

## Literatur

- Fischer, Lorenz, und Günter Wiswede (Hrsg.). *Grundlagen der Sozialpsychologie*. München und Wien 2002.
- Institut für Demoskopie Allensbach. *Zuwanderer in Deutschland*. Allensbach 2009.
- Laschet, Armin. *Die Aufsteiger-Republik*. Köln 2009.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. *Einwanderungsgesellschaft 2010*. Berlin 2010.
- Sherif, Muzafer. *Group Conflict and Co-operation*. London 1967.

## Die Autorinnen und Autoren

**Dr. Steffen Angenendt** hat in Köln und Berlin Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft studiert. Seit 2006 arbeitet er als Senior Associate bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu Fragen der Demographie, Migration, zu Klimawandel und Sicherheit. Zuvor war er in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) tätig, wo er die Redaktion des Jahrbuchs Internationale Politik leitete. Steffen Angenendt war zudem Berater unter anderem für den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), die International Organization for Migration (IOM) und die EU-Kommission.

**Natalia Banulescu-Bogdan** ist Analytistin am Migration Policy Institute (MPI) in Washington, DC, und dort im International Program und im Transatlantic Council on Migration aktiv. Ihren Master absolvierte sie an der Central European University in Budapest, wo sie zur politischen Mobilisierung der Roma in Rumänien forschte. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind ethnische Minderheitenpolitik in Osteuropa und Zuwanderungs- und Integrationspolitiken in der Europäischen Union.

**Prof. Dr. Rainer Bauböck** unterrichtet soziale und politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Er war zuvor an den Universitäten Wien und Innsbruck, der Central European University in Budapest, Yale, Pompeu Fabra in Barcelona, Bristol und Malmö tätig und war Fellow in Princeton und Warwick. Im November 2006 wurde er für seine Arbeiten zu Einwanderung und sozialer Kohäsion

mit dem Europäischen Latsis-Preis der European Science Foundation ausgezeichnet. Seine Forschungsgebiete sind Staatsbürgerschaft, Migration, europäische Integration, Nationalismus und Minderheitenrechte. Er leitet gemeinsam mit Jo Shaw das European Union Democracy Observatory on Citizenship. Seine jüngste Buchveröffentlichung (mit Thomas Faist): *Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods*, 2010.

**Prof. Dr. Michal Bodemann** unterrichtet an der Universität von Toronto und ist Leiter des europäischen Büros der Universität von Toronto in Berlin. Zuvor lehrte er an der Freien Universität in Berlin, der Humboldt-Universität in Berlin und den Universitäten in Potsdam, Tel Aviv und Haifa. Sein Forschungsinteresse gilt unter anderem den Fragen der deutsch-jüdischen Beziehungen, den russischen Juden in Deutschland und der Staatsbürgerschaftspolitik. Seine aktuellen Publikationen: (mit Gökce Yurdakul) *Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich*, 2010; (mit Micha Brumlik) *Juden in Deutschland, Deutschland in den Juden*, 2010.

**Dr. Jörg Dräger** studierte und promovierte in theoretischer Physik an der Cornell University, New York, wo er auch als wissenschaftlicher Assistent tätig war. Anschließend Berufsstationen waren die Unternehmensberatung Roland Berger und die Tätigkeit als Geschäftsführer des Northern Institute of Technology in Hamburg. Von 2001 bis 2008 war Jörg Dräger (parteilos) Senator für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Mitglied der Kultusministerkonferenz und stellvertretendes Mitglied des Bundesrates. In den Jahren 2004 bis 2006 hatte er zudem das Amt als Senator für Gesundheit und Verbraucherschutz inne. Seit Juli 2008 ist er Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung für den Bereich Bildung sowie Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE).

**Prof. Dr. Terri E. Givens** unterrichtet Politikwissenschaft an der Universität von Texas in Austin. Sie promovierte an der Universität von

Kalifornien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind rechtsradikale Parteien, Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik sowie ethnienbezogene Politik in Europa.

**Nikolaus Huss** ist Politikberater mit Sitz in Berlin. Er beschäftigt sich mit politischer Strategie in sich wandelnden Umwelten (Politisches Change Management). Besonderes Augenmerk legt er dabei auf das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Er bloggt über diese Fragen unter [www.fruehstuecksfernsehen.nikolaus-huss.de](http://www.fruehstuecksfernsehen.nikolaus-huss.de). Vor seiner freiberuflichen Tätigkeit war er lange in national und international führenden Kommunikationsagenturen tätig. Er ist zudem Beiratsmitglied der wissenschaftlichen »Zeitschrift für Politikberatung«.

**Tayfun Keltek** ist Lehrer für Sport in Köln. Darüber hinaus ist er Gründer und Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW (LAGA NRW) und des Integrationsrates der Stadt Köln. Für seine Aktivitäten in der LAGA NRW wurde er 2001 mit dem Bundesverdienstorden und 2008 mit dem Landesverdienstorden NRW ausgezeichnet. Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind Integrationspolitik, Gleichbehandlung aller Menschen und politische Beteiligung.

**Ulrich Kober** leitet in der Bertelsmann Stiftung das Programm »Integration und Bildung« und bearbeitet schwerpunktmäßig Themen der sozialen Kohäsion, der Integrationsförderung, Inklusion und Schulentwicklung. Der studierte Theologe und Soziologe und Absolvent der »London School of Economics and Political Science« hat berufliche Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie im Jugendhilfe- und im kirchlichen Bereich in Deutschland und in Lateinamerika.

**Dr. Orkan Kösemen** ist als Projektmanager in der Bertelsmann Stiftung tätig. Hier betreut er unter anderem das Leadership-Programm für junge Führungskräfte aus Migrantenorganisationen. Das Studium und die Promotion in Politikwissenschaft absolvierte er in

Münster, Prag und Berlin. Seine Themenbereiche umfassen Integration, Migrantenorganisationen, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, EU-Politik, osteuropäische Politik, institutionellen Wandel und Führungsfähigkeit.

**Christine Lüders**, studierte Pädagogin, ist seit Februar 2010 Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Sie war unter anderem als Vorstandsreferentin und Abteilungsleiterin bei Lufthansa tätig und leitete das Referat Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen; zudem war sie Referatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Beauftragte für Stiftungen im Kultusministerium in Hessen.

**Gari Pavkovic**, Diplompsychologe, ist seit 2001 Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart und war zuständig für die Erstellung und Fortschreibung des gesamtstädtischen Konzepts »Stuttgarter Bündnis für Integration«. Zuvor war er von 1986 bis 2001 beim Caritasverband tätig und von 1990 bis 2001 zudem Leiter der städtischen Erziehungsberatungsstelle in Stuttgart-Wangen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Integration durch Bildung, interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung, Einbindung der Bürgergesellschaft und insbesondere der Migrantenorganisationen in die kommunale Integrationsarbeit sowie politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten.

**Dr. Ayça Polat** ist seit 2008 Integrationsbeauftragte der Stadt Oldenburg. Sie studierte interkulturelle Pädagogik und Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, wo sie von 1999 bis 2007 als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war. Ihre Promotion erlangte sie im Fachbereich Soziologie. Zudem war sie Fellow am Centre for Ethnic, Immigration and Pluralism Studies der Universität Toronto. Ihre Themenschwerpunkte sind Migration und Bildung, Integration, Stadtentwicklung und Partizipation.



**Frank Sharry** ist Begründer und Vorsitzender der Organisation America's Voice, einer Vereinigung, die das Ziel verfolgt, die Rechte der Immigranten in den USA zu stärken und Reformen in der Integrations- und Zuwanderungspolitik des Landes voranzutreiben. Zuvor war er 17 Jahre lang Vorsitzender des National Immigration Forum, einer der führenden Organisationen der USA, die sich aktiv mit der Einwanderungspolitik des Landes auseinandersetzen. Frank Sharry arbeitet seit über 30 Jahren mit und für Migranten und Flüchtlinge in den USA und im Ausland. Er ist Absolvent der Princeton University.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth** studierte Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris und hatte Professuren in Bochum und Dortmund. Sie war 1979–1991 Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1987–2002 MdB der CDU, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages, 2003–2005 Mitglied der Global Commission for Migration (Bericht für UN-Generalsekretär Kofi Annan). Von 2005 bis 2009 war sie Präsidentin der privaten SRH-Hochschule für Wirtschaft in Berlin. Weitere Positionen: seit 1988 Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, seit 2005 Präsidentin des Deutschen Polen Instituts (DPI), seit 2006 Mitglied im Kuratorium der TU Berlin, seit 2008 Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und seit 2009 Vorstandsmitglied der Stiftung Genshagen.

**Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan** ist seit 2010 wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen. Er studierte Psychologie, Philosophie sowie Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin. An der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg habilitierte er im Fach Psychologie. Hacı-Halil Uslucan lehrte pädagogische Psychologie an der Universität Potsdam und an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte: intellektuelle Entwicklung im Kindesalter, Jugend-

gewalt und Jugendentwicklung im kulturellen und interkulturellen Kontext, interkulturelle Familien- und Erziehungsforschung, Islam und Integration, Cultural Studies/Kulturwissenschaften für Lehrämter sowie Bildung und Bildungsförderung.

**Dr. Andreas M. Wüst** ist Politikwissenschaftler und arbeitet seit 2002 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Er hat an der Universität Heidelberg studiert und promoviert. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der politischen Soziologie, vor allem in der empirischen Wahl- und Repräsentationsforschung. Im Rahmen eines längerfristig angelegten Forschungsprojekts, das durch ein Fellowship der Volkswagen Stiftung gefördert wird, beschäftigt er sich mit der politischen Repräsentation von Migranten im internationalen Vergleich.

**Serdar Yazar** ist angehender Absolvent des Masterstudiums Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er arbeitete als wissenschaftlicher Assistent im Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung in den Themenfeldern Bildungschancen, Zugang zum Arbeitsmarkt und Diskriminierung von Sinti und Roma in europäischen Ländern. Im Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) leistete er Beratungs-, Netzwerk- und Bildungsarbeit. Freiberuflich ist er als Diversity-Trainer tätig. Serdar Yazar engagiert sich in verschiedenen NGOs und war unter anderem Vorsitzender des Bundesverbandes Türkischer Studierendenvereine (BTS). Als Bundesvorstandsmitglied der Türkischen Gemeinde in Deutschland (tgd) ist er für die Themenfelder Gender, Diversity und Antidiskriminierung verantwortlich. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd).